

Danziger Zeitung.



Beitung.

Nr. 18735.

1891.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inferate kosten für die sieben - gesetzte gewöhnliche Schriftzeile oder deren Teile um 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inferataufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Wien, 4. Febr. (W. L.) Das Entlassungsgesuch des Finanzministers Dunajewsky ist genehmigt worden. Der Sectionschef im Justizministerium Steinbach ist zum Finanzminister ernannt.

London, 4. Febr. (W. L.) Das Unterhaus hat den Antrag Hicks Beach auf Ernennung eines Ausschusses beabsichtigt Untersuchung der übermäßigen Arbeitsstunden der Eisenbahndienststellen an-

genommen.

Brüssel, 4. Februar. (Privattelegramm.) Die Gährung unter der Garnison ist im Wachsen begriffen und ergreift immer mehr Truppen. Die Reservisten drohen, falls sie Sonntag nicht entlassen werden, mit aufgepflanztem Bajonet zu demonstrieren.

Politische Uebersicht.

Danzig, 4. Februar.

Das Vorspiel zur großen Colonialdebatte.

Schon gestern war die große colonialpolitische Debatte im Reichstage erwartet worden, weshalb die Tribünen von Zuschauern dicht besetzt waren, aber es blieb bei einem Vorspiel. Unser Berliner Correspondent schreibt uns zunächst über den ersten Theil der Sitzung:

Die heutigen Verhandlungen des Reichstages erhielten dadurch ein besonderes Interesse, daß Prinz Heinrich in Begleitung des Ministers Herrfurth die königl. Loge gleich zu Anfang der Sitzung betrat und den Verhandlungen mit sichtlichem Interesse folgte. Staatsminister v. Bötticher, der zu Anfang durch die Berathung eines Entwurfs, welcher die Prüfung der Läufe und Verschlüsse von Handfeuerwaffen vorsieht, am Bundesrathstische festgehalten wurde, erschien später ebenfalls in der Loge, zeigte dem Prinzen die bekannten Abgeordneten, einen oder den anderen durch einen Bonmot hennigend. Das Haus selbst war etwa mittelmäßig besetzt, der Bundesrathstisch vermochte kaum die Fülle der Commissarien zu fassen, unter denen besonders die schmucken Marineoffiziere hervortraten. Wie alljährlich bot auch diesmal der Stadtschreiber des Auswärtigen Amtes willkommene Gelegenheit zu allerlei Anfragen, die vom Staatssekretär v. Marshall in verbindlichster Form beantwortet wurden. So beantwortete er die Anfrage, wie es sich mit der Angelegenheit verhält, wonach ein Assessor sich von einem Agenten eine Stellung im Auswärtigen Amt verschaffen lassen wollte, dahn, daß der Agent jedenfalls gefangen hätte. Die Affäre auf dem Dampfer „Elbe“ in Newyork, nämlich das unberechtigte Eindringen amerikanischer Polizisten auf das deutsche Schiff und Mißhandlung deutscher Unterthanen, befindet sich in dem Stadium, daß von Seiten der amerikanischen Behörden eine energische Untersuchung eingeleitet ist, die hoffentlich zu befriedigendem Abschluß gelangen wird. Auch die Sache der Vergewaltigung des Kaufmanns Königsberg durch die Royal-Niger-Company befindet sich nach der Versicherung des Staatssekretärs in einem günstigen Stadium. Besonders befällig aufgenommen wurde die energische Versicherung, daß das deutsche Reich seinen Angehörigen stets den nötigen Schutz angebieten lassen wird. So gingen die Berathungen gemäßlich vorwärts, ab und zu erscheint ein Abgeordneter vor dem Platz des Grafen Ballenstrem, der neben Windhorst sitzt, und gestaltet sich aus der umfangreichen silbernen Dose ein Prischen zu nehmen. Sonst ist Alexander Meyer derjenige, der die „schnürrigen Nasen“ mit Tüter verjagt. Besonders war es Herr v. Bötticher, der öfters sich eigenhändig ins Haus bemühte, um sich ein Prischen zu holen. Die größte Heiterkeit erregt es jedesmal bei den kundigen Zuschauern, wenn Alexander Meyer Herrn v. Kardorff, der sich einer wächsernen Nase erträgt, die Dose hinhält.

Der zweite Theil der Sitzung brachte ein ziemlich interessantes Vorspiel zu der morgigen großen Colonialdebatte über Ost- und Westafrika und die kaiserliche Schutztruppe. Es handelte sich um einen Beitrag von 200 000 Mk. für wissenschaftliche Zwecke zur Erforschung Innereias. Von Seiten der Abgg. Bamberger und Richter war beantragt, 50 000 Mk. davon zu streichen. Dieses Verlangen wurde damit begründet, daß diese Summe weniger wissenschaftlichen als kolonialen Zwecken diene. Der Reichskanzler, der einige Male das Wort ergriff, gab dies auch unumwunden zu. Interessant ist es jedenfalls, daß derselbe seine Übereinstimmung mit Richter bezüglich der Werthschätzung von Kamerun und Togo ausdrücklich hervorholte. Sein vielversprochenes Wort, „daß es jetzt mit der Periode des Flaggenhissens vorbei sei“, kommentierte der Reichskanzler heute dahin, daß für das Hinterland von Kamerun und Togo die Ausdehnung unseres Besitzes wünschenswerth sei. Diese Bemerkung wird natürlich in England und Frankreich Aufsehen erregen. Daß Caprivi in seiner trocknen Weise ablehnte, Colonial-schwärmer zu sein, wurde mit Heiterkeit aufgenommen. Herr v. Kardorff aber stieg mit bitterem Ernst hinzu, seit dem deutsch-englischen Abkommen sei auch er kein Colonial-schwärmer mehr! Herr v. Kardorff kann sich über den Verzug auf Janzibar und Witu noch nicht trösten.

Bemerkenswerth war auch der Umstand, daß Herr v. Vollmar sich gestern von seiner Fraktion trennte und eifrig für die Bewilligung der ganzen Summe zu wissenschaftlichen Zwecken eintrat.

Damit sind die Hauplinien gegeben, auf denen sich die weiteren Auseinandersetzungen bewegen werden. Leidenschaftliche Debatten, wie sie sonst über das Kapitel der Colonialpolitik im Reichstage stattgefunden haben, wird man nicht erwarten können. Selbst die Herren Bamberger und Richter wollen bewilligen, was sie früher zu der Zeit, wo die Kardorffsche Colonialpolitik noch das Feld behauptete, abgelehnt haben, und begnügen sich damit, die Erhöhung der Ausgaben zu bekräftigen.

Was der Nachtrag zum neuen Weißbuch lehrt.

Als im Reichstage gestern bekannt wurde, daß noch im Laufe der Sitzung ein Nachtrag zu dem vorgestrittenen Weißbuch zur Vertheilung kommen werde, glaubte man mit Bestimmtheit darauf rechnen zu dürfen, daß diese neue Veröffentlichung endlich über das eigenthümliche Verhalten Wissmanns gegen Emin Pacha klarheit schaffen werde. Um so größer ist die Enttäuschung.

Das Weißbuch beginnt mit einem (schon in unserem heutigen Morgenblatt erwähnten) Bericht Wissmanns vom 9. Januar 1891. Mit dem Bericht Wissmanns gleichzeitig traf ein an Wissmann erstatter Bericht, vom 16. November dairiger Bericht Emin's aus der von dem letzteren am Westufer des Victoria-Nyanza gegründeten Station Bukoba ein. Dem Bericht Emin's sind gleichzeitig 7 Anlagen und 6 Unterlagen beigegeben. Auf den Bericht Emin's und dessen Anlagen stützt sich das Schreiben Wissmanns. Dasselbe führt aus, aus den in den Anlagen enthaltenen Gesetzesberichten sei zu erschließen, daß mehrfach die Situation für einzelne Theile der Expedition eine höchst kritisch gewesen sei. Wissmann werde Emin diese Ansicht übermitteln, besonders da es nach einem Privatbrief Emin's nicht ausgeschlossen erscheine, daß derselbe sich noch weiter ausgedehnende Unternehmungen beabsichtige. Schwache Detachements, wie die des Paschas, würden in jenen Ländern meistens zu kämpfen haben und seien den Verhältnissen durchaus nicht gewachsen. Die Vernichtung eines Theiles der Expedition würde dieselbe aber nicht nur an Menschen und Waffen, sondern auch durch den Verlust des Prestige bedenklich schädigen. In Uniamwesti werde der Pascha sich im Nothfall immer noch auf eine uns befriedigte Partei stützen können, weiter im Norden jedoch oder nach Westen höre dies auf. Wissmann klagt dann, daß das Fehlen von erläuternden Berichten Emin's es schwer mache, sich aus seinen Maßnahmen und Bewegungen herauszufinden. Es sei anzunehmen, daß inzwischen Stokes am Südunde des Victoria-Nyanza eingetroffen, und demnächst eine Verständigung zwischen ihm und Emin zu erhoffen sei. Zum Schlusse wirft Wissmann Emin noch vor, daß er keinen erläuternden Plan der von ihm errichteten Station Bukoba beigelegt habe.

Der Bericht Emin's datirt vom 16. November 1890 aus Bukoba. Emin meldet darin die Errichtung einer Station an diesem Orte und nimmt dann Bezug auf die seinem Berichte beigelegten Anlagen, welche Berichte des Lieutenants Dr. Stuhlmann, der Lieutenants Langheld und Sigl u. s. w. enthalten. Dr. Stuhlmann berichtet über den Marsch der Landabteilung vom 20. Oktober bis 15. November von Busch nach Bukoba. Dr. Stuhlmann hatte unter Sergeant Ahlne ein Detachement ausgesandt, um den Sultan Uniamira im Dorfe Idabura zu züchten. Es kam hierbei zu einem ernsten Kampfe mit den Einheimischen, bei welchem die Schuhtruppe einen schwachen Stand hatte. Aus den Berichten der Lieutenants Langheld und Sigl aus Uongo vom 17. Oktober erhebt, daß die Situation der Truppe in einem Gefechte am 12. Oktober gegen die Freunde der Wangonis in Linde in Thata eine sehr ernste gewesen ist. Mein einziger Trost, so schreibt Lieutenant Langheld, bei unserem Zurückgehen war, daß wir die Ehre unserer Flagge gewahrt haben. Aus dem Bericht geht hervor, daß sich die Schuhtruppe schließlich fast vollständig an Munition verschossen hatte. Für 2 Offiziere und 27 kampffähige Soldaten blieben nur je 5 Patronen, für die 14 Träger nur 2 Patronen. In dem Bericht des Lieutenants Langheld aus Rinde vom 30. Oktober an Emin heißt es: „Um eine eventuelle Vereinigung der uns feindlich gesinnten Maniamwesti mit den misvergnügten Arabern schon im Reime zu ersticken, ist es unbedingt nothwendig, die Linde-Angelegenheit möglichst bald zu erledigen, da bis jetzt die Waniamwesti selbst noch einsiehen, daß nur das Zusammentreffen mehrerer ungünstiger Momente, wie das gänzliche Versagen von Mitingas Ruga-Rugas, die mangelhafte Ausrüstung an Munition bei einer an sich schon schwachen Abteilung und die zufällige Zusammensetzung einer größeren Anzahl Feinde, an unserem Misserfolg schuld war. Wenn wir jedoch unterlassen, diese Scharte so bald als möglich auszunehmen, und damit unsere Schwäche eingestehen, so würden meine Ansicht nach die unabehrbarsten Folgen zu befürchten sein und wahrscheinlich das Leben der Europäer in Uongo am Victoria kommen. Die einzige Maßregel dagegen ist die vollständige Niederwerfung Linde.“ Lieutenant Langheld bittet dann um Nachsendung von Verstärkungen und Munition. Emin berichtet an Wissmann aus Bukoba vom 16. November, daß er am folgenden Tage 40 Soldaten und einige Träger nach Bukumbi zur Unterstützung des Lieutenant Langheld senden werde.

Eine Aufklärung über die Gründe jedoch, welche die am 6. Dezember v. J. erfolgte Abberufung Emin's herbeigeführt haben, findet sich weder in dem Wissmann'schen Bericht noch in dem Emin'schen. Emin sollte nach dem im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Berichte Wissmanns vom 6. Dezember jeden Befehl missachten und die Arbeit von Stokes erschweren. Einen Monat später schreibt Wissmann selbst: „Es ist anzunehmen, daß zur Zeit des Abgangs beiliegender Post (16. November) Herr Stokes am Südunde des Victoria-Sees eingetroffen war und demnächst also eine Verständigung zwischen ihm und Emin Pascha zu erhoffen ist“ — demselben Stokes, der am 19. Oktober an Wissmann schrieb: „Es liegt in meiner Absicht, nach dem Manza zu marschieren und mit dem Pascha zu berathen, doch fürchte ich, daß ich ihn nie zu sehen bekommen werde, es sei denn, daß ich ihm bis zu den Mondbergen folge.“

Da Emin bereits am 16. November die Ankunft von Mr. Stokes' Boot meldete, so wird Wissmann dieses Mal wohl richtig vermutet haben. Auf alle Fälle sieht so viel fest, daß Wissmann, als er seinen Bericht vom 6. Dezember und die Abberufungsinstruction an Emin schrieb, nur im Beifit des Emin's Thätigkeit und Absichten in jeder Hinsicht verdächtigenden Berichts des Mr. Stokes war, daß aber Berichte Emin's, welche die Telegramme Wissmanns an das Auswärtige Amt hätten rechtssicher können, nicht vorlagen. Jedenfalls hatte Emin schon am 16. November mit der Errichtung einer Station am Victoriasee begonnen, welche Wissmann am 6. Dezember ihm in dringlichster Weise empfahl.

In dem neuen Schreiben gibt Wissmann nur

seinen Befürchtungen bezüglich des Schicksals der Expedition oder eines Theils derselben Ausdruck und spricht von einem Privatbrief Emin's, der es nicht als ausgeschlossen erscheinen lasse, „daß derselbe sich noch weiter ausdehnende Unternehmungen beabsichtige“. Darin liegt wieder ein Anklag auf an die famose Stokes'sche Wendung über den Marsch Emin's nach dem Mondgebirge. Indessen ist es doch zweifellos, daß Emin schon zur Zeit seines letzten Berichts (15. November) über die deutsch-englischen Abmachungen orientiert gewesen ist. Man behauptet sogar, daß bei der Veröffentlichung der Emin'schen Berichte alles, was dieselben bezüglich der Abmachungen mit England enthalten, weggelassen worden sei. Ist das richtig, so liegt erst recht kein Anlaß zu der Befürchtung vor, Emin werde die in diesem Abkommen gezeichneten Grenzen des deutschen Interessengebiets unberücksichtigt lassen.

Unter diesen Umständen muß man vermuthen, daß die leidenschaftliche und unfreundliche Sprache, welche Wissmann im Dezember-Bericht gegen Emin geführt hat, nicht durch Handlungen des letzteren, sondern durch anderweitige Einflüsse veranlaßt worden ist.

Zu Waldersees Stellungswechsel.

Die gestern veröffentlichte Ernennung des Grafen Waldersee zum Chef des 9. Armeecorps hat den Nachrichten, daß Graf Waldersee ein Corpscommodo ablehne, ein Ende gemacht; ohne die Übernahme der neuen Stelle wäre die kaiserliche Ordre nicht erlassen worden. Begreiflicher Weise ruft die Art, wie die Ernennung des bisherigen Generalstabchefs zum Chef eines Armeecorps motivirt wird, weitgehende Betrachtungen hervor. Aber man wird doch immer im Auge behalten müssen, daß die Begründung des kaiserlichen Befehls bestimmt ist, jeden Gedanken an eine Lösung der nahen Beziehungen des Grafen Waldersee zum Kaiser von vornherein abzuweisen. Eine Erklärung des Vorganges enthalten diese Ausführungen schon deshalb nicht, weil gerade in der kaiserlichen Ordre die bisher nicht bekannte Thatache mitgetheilt wird, daß Graf Waldersee am 30. Januar seinen Abschied erbeten hatte. Daß das nicht geschehen ist, um die Ernennung derselben zum Corpscommandanten zu ermöglichen, liegt auf der Hand. Der eigentliche Grund des Wechsels ist demnach auch jetzt noch im Dunkeln, und wenn sie und da von einem Systemwechsel im Generalstab die Rede ist, so ist damit garnichts gesagt, so lange man nicht erfährt, worin dieser Systemwechsel bestehen soll.

Die Verallgemeinerung des ermäßigten Eisenbahn-Tarifs für Massengüter.

In der letzten Sitzung der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses wurde neben der Reform der Personentarife auch die Reform der Gütertarife erörtert. Der Abg. Brömel fragte an, wie es mit der Ausdehnung des sog. allgemeinen Ausnahmetarifs für Massengüter stehe, der bisher nur für Düngemittel, Erde, Kartoffeln und Rüben eingeführt sei. Die Anwendung derselben auf Steinkohlen sei unterblieben, weil der Einnahme-Aussfall aus der vollständigen Durchführung des Tarifs auf ca. 15 Mill. Mk. veranschlagt worden sei; nach den Erfahrungen der letzten Zeit sei doch aber eine durchgreifende allgemeine Tarifherabsetzung für Steinkohlen in erster Linie geboten. Seitens der Regierung wurden des näheren die Schwierigkeiten dargelegt, welche in Folge der einmal vorhandenen Interessen-Gegenseite in der Montan-Industrie, namentlich im Westen, der Ausdehnung des ermäßigten Tarifs auf Steinkohlen und Erze entgegenstehen. Längere Zeit hindurch habe man kaum auf einen Ausgleich der Interessen hoffen dürfen; nach den letzten Berathungen der befreiteten Bezirks-Eisenbahnräthe sei indessen die Frage einem günstigen Abschluß nahe gerückt. Die Sache werde nunmehr dem Landeseisenbahnrat vorgelegt werden, und wenn sich dort, wie anzunehmen, keine Bedenken geltend machen, werde der ermäßigte Tarif für Massengüter allgemein zur Einführung kommen, denn seitens der Staatsbahnverwaltung werde aus finanziellen Rücksichten kein Widerspruch mehr erhoben.

Mit der Veröffentlichung dieser von der Regierung jetzt selbst geförderten Maßregel würde ein wichtiger Schritt zur Reform der preußischen Gütertarife überhaupt geschehen. Denn der neue allgemeine Tarif für Massengüter würde ebenso eine Vereinfachung des Tarifsystems wie eine Ermäßigung der Tariffälle herbeiführen. Vor allem würde dadurch eine Herabsetzung der Tarife für Steinkohlen, welche gegenüber den Ausnahmetarifen für Sendungen bis zu 50 Kilogr. für Nahrungsmittel und für lebende Thiere ermäßigt.

Nach einem in der amtlichen Zeitung veröffentlichten Decret werden die Militärgerichte alle bei dem Aufstande begangenen, im Strafgesetzbuch vorgesehenen Verbrechen und Vergehen aburtheilen.

Lissabon, 4. Februar. (W. L.) Die Zahl der Toten bei der Bewegung in Oporto wird jetzt auf 50, die der Verwundeten auf 200 angegeben.

dacht. Bisher ist jedoch noch niemand mit der Cabinetsbildung beauftragt.

Inzwischen beschäftigt sich naturgemäß die Presse von ganz Europa fortgesetzt mit Crispis Sturz. Eine eigentlich Verleumdung sendet der Pariser „Figaro“ dem gefallenen Crispis nach; darnach habe Crispis, um den unterschätzlichen Heeresausgaben ein Ziel zu sehen, in Tripolis einrücken und dadurch den Krieg herbeiführen wollen; da dieser plan jedoch in Wien und Berlin kräftigste Abweisung erfahren, habe er selbst seinen Sturz gesucht, um aus der Sackgasse herauszukommen. „Giecle“ sieht sich den Anchein, diese Geschichte zu glauben, und versichert sogar, die französische Regierung habe den Plan gekannt und dem atlantischen Geschwader Befehl gegeben, nach Algier zu segeln, um in Tripolis sofort eingreifen zu können. Crispis Rückkehr zu den Geschäften würde den Krieg bedeuten.

Ganz anders urtheilt die englische Presse, die überhaupt vielfach noch nicht daran glaubt, daß Crispis Rücktritt definitiv ist. Man sieht hier den Grund zu Crispis Sturz ausschließlich in der ungünstlichen Finanzlage Italiens. So meint der „Standard“ sehr richtig:

Nichts wäre unrichtiger, als anzunehmen, daß parlamentarische Niederlage Signor Crispis in einer Finanzfrage den geringsten Einfluß auf die auswärtige Politik Italiens und die Festigkeit des Dreibundes ausüben würde. Die Abstimmung beweist lediglich, daß der Rücken des italienischen Steuerzahlers, ein so gebildiges Ramele er auch sein mag, durch den leichten fiskalischen Stoßhalbm fall gebrochen ist und er keine weiteren Lasten tragen kann. Man wird auf Sparmaßnahmen müssen und jener unsinnigen und unerträglichen Geldverschwendug in Afrika zügeln, welche nach unserer Ansicht der Hauptanlaß jener Gezeitheit war, der in der Sonnabends-Abstimmung gesetzte.

Die Situation in Portugal
sieht noch immer trübe genug aus, wie aus folgender uns heute zugehenden Meldung hervorgeht:

Oporto, 4. Februar. (Privattelegramm.) Die offiziellen Darstellungen über die Situation sind falsch.

Die Aufregung ist hochgradig. Die republikanische Propaganda schreitet im ganzen Lande fort und der Ausbruch einer neuen Emeute wird befürchtet.

Darnach muß man vielleicht auf weitere Ueberraschungen gefaßt sein. Denfalls aber ist inzwischen die Unschädlichmachung der Räbelsführer des Putschs von Oporto wirksam durchgeführt worden.

So ist gestern auch der Capitán Leitas, welcher bei dem Aufstande in Oporto mit an der Spitze der aufständischen Truppen stand und entflohen war, in Albergaria a Velha verhaftet worden. Zwei Sergeanten von der Besatzung der auf der Rhede von Oporto vor Anker gelegenen Corvette „Sagres“ versuchten am 31. Januar früh die Besatzung des Schiffes zum Aufstande aufzuwiegeln, wurden jedoch sofort verhaftet. Bei dem Verschwörer Santos Cardoso sind wichtige Schriftstücke mit Beschlag belegt worden. Derselbe erklärte bei seinem Verhör, er sei Anhänger der föderativen Republik mit einer Regierung in Oporto, die von denjenigen in Lissabon unabhängig wäre. Santos Cardoso soll auch ausgesagt haben, daß spanische Revolutionäre zu dem hiesigen Aufstand vorher ihre Zustimmung ausgesprochen hätten.

Nach einem in der amtlichen Zeitung veröffentlichten Decret werden die Militärgerichte alle bei dem Aufstande begangenen, im Strafgesetzbuch vorgesehenen Verbrechen und Vergehen aburtheilen.

Lissabon, 4. Februar. (W. L.) Die Zahl der Toten bei der Bewegung in Oporto wird jetzt auf 50, die der Verwundeten auf 200 angegeben.

Französische Eisenbahn- und Wirtschaftspolitik.

Der französische Ministerrath beschäftigte sich gestern mit dem Budget pro 1892, wobei festgestellt wurde, daß die Durchführung der neuen Gesetze und die Realisirung der der Kammer gegenüber übernommenen Verpflichtungen eine Mehrausgabe von 28 Millionen erfordern werde. Der Arbeitsminister erstattete Bericht über die Verhandlungen mit den Bahngesellschaften betreffs Reduction der Ueberlage bei Schnellzugsbeförderung. Darnach werden die Fahrpreise der ersten Klasse um 10 Proc., der zweiten Klasse um 20 Proc., der dritten Klasse um 30 Proc. und der Retourbillets um 17 Proc. herabgeleht. Ferner werden die Gütertarife für Sendungen bis zu 50 Kilogr. für Nahrungsmittel und für leb

andere Frage; jedenfalls aber ist sie ein neuer Beweis für die wachsende Festigung der republikanischen Staatsform in Frankreich und das Absterben der „alten Parteien“.

Die Verfassungsrevision in Belgien

Bricht sich allmählich bei der Rechten, wo diese Reform bisher den zähesten Widerstand fand, erfolgreich Bahn. Aus Brüssel wird telegraphiert, daß sich die vereinigte Rechte in einer gestern Vormittag stattgehabten Sitzung mit der neuverliehenen Prüfung der Frage betreffend die Verfassungsrevision beschäftigte. Nach einer sehr lebhaften Verhandlung sprach sich die Versammlung mit großer Majorität für einen Revisionsplan aus, der der Ordnung und den allgemeinen Interessen des Landes entsprechend sei.

Der norwegische Storting

Ist, wie aus Christiania telegraphiert wird, gestern Nachmittag 1 Uhr von dem Könige mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher u. a. ein Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Zolltariffs, ferner ein Gesetzentwurf über die Pension der Volkschullehrer, ein neues Seegesetz und eine Vorlage über die Fabrikinspectoren angekündigt werden.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 3. Februar.

Nachdem mehrere kleinere Gesetze in 3. Lesung angenommen sind, wird die 2. Beratung des Staats fortgesetzt.

Beim Etat des Finanzministeriums spricht Abg. Arentz (freicons.) eine gesetzgebende Regelung des Notenausgaberechts an die Breslauer Bank aus und hofft, daß auf diesem Wege fortgegangen werden wird, damit wir in Deutschland zu einem einheitlichen Banknotenwesen gelangen.

Minister Miquel weist bezüglich der Frankfurter Bank auf die eigentlich üblichen Verhältnisse, die dort vorliegen, hin, und die eine alsbaldige Beseitigung dieses Privilegs unmöglich machen. Nichtsdestoweniger sei auch dieser Bank mitgetheilt worden, daß eine Verlängerung des Notenprivilegs über 1894 oder 1895 nicht erwartet werden dürfe. Von da ab würden Privatbanken mit dem Recht der Notenausgabe in Preußen nicht mehr bestehen, und es sei zu hoffen, daß sie nach und nach auch in ganz Deutschland auf diese Weise beseitigt werden, welches Ziel bei Erlang des Reichsbankgesetzes vorgeschwebt habe.

Bei dem Kap. „Rentenbanken“ fordert

Abg. Combart (nat.-lib.) eine gesetzgebende Regelung der Frage, in welcher Weise Gelder zur Errichtung von Wirtschaftsgebäuden auf Rentengütern hergegeben werden können; das würde die Errichtung von Rentengütern und somit die Geschäftsmachung der ländlichen Bevölkerung begünstigen.

Minister Miquel erklärt, daß über die vom Vorsitzenden angeregten Fragen Erwägungen stattfinden.

Bei dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, und zwar bei Titel 3, „Einnahmen des vormaligen Staatschazess“, wünscht

Abg. Franche (nat.-lib.) die Verwendung des Erlöses aus verkauften Grundstücken zur Tilgung von Staatschulden und nicht, wie bisher geschehen, die Einführung in den Etat zur Deckung laufender Ausgaben.

Geh.-Rath Lehner weist dem gegenüber darauf hin, daß auf der anderen Seite aus den Staatsausgaben auch eine Vermehrung des staatlichen Grundeigentums erfolge, so bei den Forsten, den Bergwerken, den Eisenbahnen u. s. w.

Abg. Richter kann die Forderung des Abg. Francke nicht gutheissen; es könnte dadurch nach außen der Schein entstehen, als ob wir den Erlös aus verkauften Grundstücken benutzen, um den Etat in Balance zu halten; der Abg. Francke hätte erst den Nachweis führen müssen, daß tatsächlich auf diese Weise eine Verminderung des Staatsvermögens eingetreten sei; eine solche Bilanz würde aber sicher zu Gunsten des Wachstums des Staatsvermögens ausfallen.

Minister Miquel meint, daß, wer nur einen Blick auf die Etats der letzten Jahre werfe, erkennen müsse, daß eine Veränderung des Vermögensbestandes gewiß nicht eingetreten sei, die Frage insofern eine praktische Bedeutung nicht habe. Jede detaillierte Auskunft über die verkauften Grundstücke sei er, so weit es irgend möglich ist, zu geben bereit.

Bei dem Titel „Überweisungen an die Communal-

verbände aus Grund der lex Huene: 35 Mill. Mk.“ weist

Abg. Menzer-Arnswalde (conf.) wiederum auf die Verderblichkeit der lex Huene hin.

Bei dem Etat der direkten Steuern, und zwar bei der Einnahme bringt

Abg. Bachem (Centr.) die Verschiebung des Wahlrechts, die seit der Vermehrung der indirekten Steuern eingetreten sei, zur Sprache; das Wahlrecht namentlich der unteren Klassen entspreche nicht mehr ihren steuerlichen Leistungen. Um so ungerechter wäre es, bei dem ersten Schritt der Reform der direkten Steuern das Wahlrecht dieser Klassen noch weiter zu beeinträchtigen. (Beifall.)

Der Rest dieses Etats wird bewilligt, ebenso der der indirekten Steuern.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Reichstag.

56. Sitzung vom 3. Februar.

Der Gesetzentwurf betreffend die Prüfung der Läufe und Verschlässe der Handfeuerwaffen wird auf Antrag des Abg. Willich (freis.), der die Vorlage im Interesse unserer heimischen Industrie, besonders der Export-Industrie, mit Freuden begrüßt, an eine Commission von 14 Mitgliedern verweisen.

Darauf wird die 2. Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes fortgesetzt.

Abg. Hammacher (nat.-lib.): Vor einigen Tagen ging durch die Zeitungen die Nachricht, ein preußischer Gerichts-Assessor hätte sich an einen Agenten gewandt, ihm gegen Zahlung von 2000 Mk. eine Stellung im Auswärtigen Amt zu verschaffen, und es sei diesem Agenten auch gelungen, ihm eine solche Stelle „zuverschaffen“. Wenn dieses Gericht nicht öffentlich widerlegt würde, so könnte sich im Volke die bedenkliche Ansicht geltend machen, es gäbe einen solchen Weg, um Reichsämter zu erlangen.

Staatssekretär v. Marschall: Ich habe, sobald ich von dem Gericht erfuh, mich erkundigt und gehört, daß die Person, welche dem Gerichtsassessor eine Stelle im Auswärtigen Amt verschaffen wollte, keinem Beamten der Abteilung des Auswärtigen Amtes, die mit Personalien zu thun haben, bekannt ist; ferner, daß der besagte Assessor im August vorigen Jahres sich bezüglich einer Verwendung im Auswärtigen Amt an die Personalabteilung gewandt, darauf aber die Antwort bekommen hat, die Jeder in einem solchen Falle bekommt, daß er zunächst den Nachweis zu liefern habe über eine genauere Kenntnis der französischen und englischen Sprache, daß aber auch, wenn er diesen Nachweis lieferne, von einer Anstellung zunächst nicht die Rede sein könne, weil sehr viel Aspiranten vorhanden seien. Die ganze Sache beruht entweder auf einer Mystifikation oder wahrscheinlich auf einem Betrug. Ich versichere meinerseits, daß die Möglichkeit, durch solche Kanäle im Auswärtigen Amt über irgend einem anderen Amt eine Stelle oder auch nur eine Verwendung zu finden, absolut ausgeschlossen ist. (Beifall.)

Abg. Stolle (Soc.) fragt an, weshalb das Auswärtige Amt bisher noch nicht die Auslieferung des Millionenschwindlers Winkelmann aus Leipzig von der argentinischen Regierung durchgeführt habe. Das sei doch ohne Kaltwasserstrahl und ohne eine Niederbrennung von Dörfern wie in Sanjana möglich gewesen.

Director hervorwirkt, daß die Sache bei der argentinischen Regierung zur Sprache gebracht sei, daß dieselbe aber die Auslieferung wegen eines angeblichen

Formfehlers abgelehnt und die Vorlegung eines gerichtlichen Schriftstückes verlangt habe. Obgleich die deutsche Regierung diese Aussicht nicht für berechtigt erachtet, habe man doch dieses Schriftstück von der Leipziger Gerichtsbehörde beschafft, und es werde wahrscheinlich inzwischen bereits der argentinischen Regierung übergeben worden sein.

Abg. Spiegel (Centr.) interpelliert wegen der durch die Zeitungen mitgetheilten Verleugnung des Völkerrechts durch die amerikanischen Gerichtsbehörden in Hoboken, daß sich die vereinigte Rechte in einer gestern Vormittag stattgehabten Sitzung mit der neuverliehenen Prüfung der Frage betreffend die Verfassungsrevision beschäftigte. Nach einer sehr lebhaften Verhandlung sprach sich die Versammlung mit großer Majorität für einen Revisionsplan aus, der der Ordnung und den allgemeinen Interessen des Landes entsprechend sei.

Staatssekretär v. Marschall erwidert, daß die lokalen Behörden in einem Hause auch auf Schiffen mit fremden Flaggen gewisse Amtshandlungen vornehmen können. In diesem Falle sei die Anzeige nachträglich erfolgt. Wegen der angeblichen Misshandlungen schwieben noch Erörterungen. Bei dem freundschaftlichen Verhältnisse zwischen Deutschland und der amerikanischen Regierung sei zu hoffen, daß diese Reklamation in der albern nächsten Zeit zum befriedigenden Abschluß geführt werde.

Im Titel 2 des Extraordinariums werden als Beihilfe zur Förderung der auf Erforschung Centralafrikas u. s. w. gerichteten wissenschaftlichen Strebungen 200 000 Mk. gefordert, 50 000 Mk. mehr als bisher. — Die Abgeordneten Bamberger und Richter beantragen, nur 150 000 Mk. zu bewilligen.

Abg. Bamberger (freis.): Wir sind bereit, die alte Forderung von 150 000 Mk. zu bewilligen, aber nicht die 50 000 Mk. mehr. Es versteht sich von selbst, daß ein alter Abstrich mehr symptomatischer Natur, als rechnungsmäßig zu begründen ist. Wir wollen nur an dem Grundsatz festhalten, daß in allen diesen colonialen Forderungen, die immer mehr wachsen, ohne ganz überwältigende Gründe ein Mehr nicht zu bewilligen ist. Ohne die Afrikaforscher hätten wir wohl überhaupt die ganze Colonialpolitik nicht erhalten und die Reichsregierung würde darüber vielleicht garnicht ungestraft geblieben. Die Sache ist jetzt schon verschoben, denn es handelt sich nicht mehr um bloße wissenschaftliche Forschungen, sondern zum Theil um ein exploratorisches Vorgehen, das jetzt überwiegt. Ein Beweis dafür ist die Übertragung dieses Fonds vom Reichsamts des Innern, wohin er als Ausgabe für wissenschaftliche Zwecke gehört, auf das Auswärtige Amt. Da mit Sparsamkeit überwollen, haben wir alle Ursache, gerade hier Mehrausgaben zu verhindern, welche leicht dazu dienen können, den Häusern, welche in den erforschten Gebieten ansässig sind, eine Monopolstellung zu gewähren, während Deutschland in seinem Interesse solche Dinge auf seinem Gebiete verhindern sollte. Es findet jetzt eine förmliche Jagd nach dem Hinterlande der Küstengebiete in Westafrika statt. (Beifall links.)

Geh. Legationsrat Kaiser betreibt, daß die Neisen nur unter dem Dekanat wissenschaftlicher Forschungen stattfinden zur Förderung der Interessen einiger Häuser in Westafrika. Es handelt sich um rein wissenschaftliche Forschungen, welche schon statliche Ergebnisse gezeigt haben, wie die vorgelegten Denkschriften belegen. Aus den Aufwendungen dieses Afrikafonds werden auch ethnographische und botanische Sammlungen zusammenge stellt. Bei der Streichung von 50 000 Mk. würden die geplanten Expeditionen noch durchgeführt werden können, über die Bearbeitung der gesammelten wissenschaftlichen Materialien würde aus Mangel an Mitteln unmöglich sein. Bezuglich der Frage der Monopole darf man nicht vergessen, daß es eine ganze Reihe wirtschaftlicher Einrichtungen giebt, die wir in Deutschland nicht machen werden, die aber in den Schutzgebieten bei den dort entwickelten Verhältnissen durchaus nothwendig sind, die sogen. Monopolverordnung vom 14. Dezember 1889 für die Schutzgebiete ist u. a. auch von Herrn Haniel angeregt worden. Die Verordnung ist erlassen im Interesse der Wissenschaft und Verbreitung der Cultur. Von wirklichen Monopolen ist keine Rede, es wird das Recht, eine Handelsniederlassung zu machen, nicht einem Einigen ertheilt, sondern allen ansässigen Deutschen und Engländern.

Abg. Bamberger: Der Herr Regierungscommission hat mich, sowohl was die Monopole als was die wissenschaftlichen Zwecke betrifft, absolut nicht verstanden. Ich würde doch nicht die 150 000 Mk. bewilligen, wenn ich nicht müßte, daß die wissenschaftlichen Forschungen einen Erfolg erzielen. Aber ich muß noch einmal an die Worte des Fürsten Bismarck erinnern, der gesagt hat, daß die rein wissenschaftlichen Zwecke jetzt zurückgehen, denn er legt mehr Wert darauf, daß die Colonialpolitik daraus Nutzen ziehe. Betreffs des Monopolwunsens habe ich nur Thatsachen angeführt. Den Vergleich mit dem deutschen Patentwesen halte ich nicht für zutreffend, schon weil der Grundzug des Patentes der ist, daß es verhältnißmäßig ist, so weit es irgend möglich ist, zu geben bereit.

Bei dem Titel „Überweisungen an die Communalverbände aus Grund der lex Huene: 35 Mill. Mk.“ weist

Abg. Menzer-Arnswalde (conf.) wiederum auf die

Verderblichkeit der lex Huene hin.

Bei dem Etat der direkten Steuern, und zwar bei

der Einnahme bringt

Abg. Bachem (Centr.) die Verschiebung des Wahlrechts, die seit der Vermehrung der indirekten Steuern eingetreten sei, zur Sprache; das Wahlrecht namentlich der unteren Klassen entspreche nicht mehr ihren steuerlichen Leistungen. Um so ungerechter wäre es, bei dem ersten Schritt der Reform der direkten Steuern das Wahlrecht dieser Klassen noch weiter zu beeinträchtigen. (Beifall.)

Der Rest dieses Etats wird bewilligt, ebenso der der indirekten Steuern.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

oder, was ich vorziehen würde, auf dem Wege der Anlage von Factoreo vorgegangen wird, darüber kann ein Urtheil nicht abgegeben. Die Colonial-Regierung, wenn Sie mir diesen Ausdruck erlauben wollen, ist der Meinung, daß die Bedürfnisse für Erforschungen im Hinterlande von Kamerun und von Togo noch nicht zum Abschluß gekommen sind. In Bezug auf die Debatte darüber, ob die 200 000 Mk. vorherrschend zu colonialen oder zu wissenschaftlichen Zwecken zu verwenden sind, glaube ich nicht eingehen zu dürfen. Ich würde die Frage nach dem Werthe, der der Wissenschaft dabei zugelegt werden soll, nach dem Anteil, den sie dabei haben soll, für bedeutend halten, wenn in solchen colonialen Gebieten für eine wissenschaftliche Erforschung kein Spielraum mehr wäre und wenn wir das Geld anderswohin tragen müßten, um wissenschaftlichen Zwecken genügen zu können. Da das nicht der Fall ist, bitte ich, den Fonds in der befragten Höhe anzunehmen. (Beifall)

Abg. Richter: Bisher haben von allen Colonialgebieten Kamerun und Togo die wenigsten Schwierigkeiten gemacht und hier deckten sich auch nahezu Ausgaben und Einnahmen. Auch von unseren Colonien gilt das Wort: Sie sind um so besser, je weniger von ihnen gesprochen wird. Auch den Satz des Herrn Reichskanzlers könnte ich nicht unterschreiben,

dah, so lange der wissenschaftliche Forschung ein Spielraum geboten wird, so lange es berechtigt sein werde, Forderungen dafür zu bewilligen. In Kaiser Wilhelms-Land auf Neuguinea werden fortgesetzte ausgedehnte wissenschaftliche Forschungen von einer großen Anzahl von Gelehrten unternommen; aber das Reich zahlt nichts dafür, sondern nur die Neuguinea-Compagnie. Auch wäre gerade die wissenschaftliche Forschung ein Gebiet, auf dem die in Tosten und Trinksprüchen sich so gern ergehenden Colonialherrscher sich praktisch behaupten könnten. Hier könnten die Großen einmal zeigen, daß sie auch Geld übrig haben für die Colonialpolitik, die sie sonst so verherrlichen.

Reichskanzler v. Caprivi: Auf den Angriff des Herrn Richter gegen die Colonialenthusiasten zu antworten, kann ich diesen überlassen, da ich nicht zu Ihnen gehöre. Was die Würdigung von Togo und Kamerun angeht, als denjenigen Colonien, die uns nichts kosten, die eher schon im Begriff sind, etwas einzubringen, kann ich dem Herrn Abgeordneten nur vollkommen beitreten; aber wenn mich nicht alles täuscht, ist gerade von dieser Seite ganz vor kurzem der Wunsch ausgesprochen worden, man möchte doch aus den Colonien bezahlen, was das geschehe: wissenschaftliche Forschungen, Anstellung des Gouverneurs und vergleichbar. Es ist eine Ansicht, mit der ich sympathisieren könnte. Wenn aber Togo und Kamerun in diese Lage gebracht werden sollen, dann müssen sie eben höhere Einnahmen abwerfen als bisher, und ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß sie dazu im Stande sein würden, wenn wir nicht in das Hinterland dieser beiden Colonien weiter einzudringen im Stande sind, als wir es bisher gewesen sind. (Beifall und Rechts.)

Abg. v. Böllmar (Soc.): Die Wissenschaft hat von jeher in fernen Ländern aus Handelsexpeditionen den größten Vorteil gezogen. Wir können auch auf diesem Gebiete nicht eine Trennung machen. An den Einwand, daß wir seit Langem für wissenschaftliche Forschungen erhebliche Summen verbraucht und daß wir dem Forschungsziel damit genügt hätten, wird Herr Richter im Ernst wohl nicht glauben. Ein einfacher Blick auf die Landkarte zeigt, wie viel noch in jenen Gebieten zu erforschen ist, und so lange wissenschaftliche Interessen dieser Art in Frage stehen, sollen wir nicht kargen. Es handelt sich hier überdies um eine Summe, die bei unseren sonstigen Budgetberatungen ganz außerordentlich leicht genommen wird. Oft dreht es sich um so viele Millionen, wie hier laufende in Frage stehen.

Abg. Bamberger: Der großartige Jubiläum, welche die Wissenschaft durch den Abg. v. Böllmar erfahren hat, stimmen auch wir ganz zu, und wenn es sich darum handelt, persönliche Opfer zu bringen, würde ich mit ihm wohl einverstanden. Allerdings ist der Handel früher dem Forschungsinteresse vorangegangen, aber auf eigene Kosten und nicht auf Kosten des Staates. Ich begreife sehr wohl die Erklärung des Herrn Reichskanzlers, nach welcher er ein weiteres Flaggenschild als nicht ausgeschlossen betrachtete. Ein Staatsmann muß immer davor zurückzuschrecken, sich für die Zukunft zu binden. Aber gerade in betreff von Togo und Kamerun würde ich ein weiteres Flaggenschild nicht gern sehen. Was Togo und Kamerun bisher aussiehtete, war, daß man dort nicht auf den Anfang der Regierung gewartet hat, daß die Colonia von Ausläufern begründet ist, lange bevor man hier im Reichstage von Colonialpolitik sprach. Gerade die persönliche Initiative von Privatleuten hat bisher dazu geführt, daß die Colonien sich relativ bewährt.

Reichskanzler v. Caprivi: Ich kann dem Hrn. Abg. Bamberger nur bemerken, daß, wenn er das gute Gedanken von Kamerun und Togo auf Kosten der Ausläufer teilt, die sich zuerst angeblich haben, die selben Ausläufer es sind, die die Ausdehnung in das Hinterland wünschen.

Nachdem die Abgg. v. Kardorff (Reichsp.) und Hammacher (nat.-lib.) namens ihrer Parteien für die Bevorzugung gesprochen, wird der Antrag Richter abgelehnt und die Summe von 200 000 Mk. bewilligt.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

* Berlin, 3. Februar. Dem hiesigen Magistrat ist auf seine Gratulationsadresse an den Kaiser das folgende Antwortschreiben zugegangen:

Der Eintritt in ein neues Lebensjahr giebt stets zu ernster Selbstprüfung Veranlassung, besonders in meinem verantwortungsvollen städtischen Berufe, und weiß ich es hochzähmen, wenn mir bei solchen Gelegenheiten durch freie Aufforderungen dargethan wird, daß meine auf die Wohlfahrt des Vaterlandes gerichteten Bemühungen verständnisvolle Würdigung finden und mein Volk im Vertrauen auf meine Führung unter Gottes gnädigem Schutze hoffnungsvoll in die Zukunft blickt. Diese Hoffnungen und Sefinungen bin ich zu meiner Freude auch in der Adresse des Magistrats begegnet, in welcher der derselbe mir zu meinem Geburtstage herzlich Wünsche widmet. Gern gebe ich daher dem Magistrat meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin für diesen erneuten Ausdruck treuer Anhänglichkeit meinen aufrichtigen Dank zu erkennen.

* Berlin, 3. Februar. Zur Hofpredigerkrise verlautet, daß nach den hinsichtlich der Stellung der Generalsuperintendenten vorgenommenen Aenderungen der Generalsuperintendent Kögel zwar dem Titel nach erster Hof- und Domprediger bleibt, das Pfarramt selbst aber und damit auch die Funktionen des Schloßpredigers auf den zweiten Domprediger übergehen sollen. Diese Stelle dürfte, wie man sagt, Oberconsistorialrat Dr. Dr. v. H. für den Berliner Verein für Africaforschung. Der Verein hat sich aufgelöst, weil er unter den Verhältnissen nicht mehr arbeiten konnte. Durch den Auspruch: Die Periode des Flaggenschildes ist vorbei, ist der abenteuerlichen Colonialpolitik eine Schärfe gesetzt worden, namentlich auch durch die fast vollständige Aufteilung Afrikas unter die Nationen. Die Vermehrung der Ausgaben bei diesem Fonds würde so bedeutend werden, als wenn das Flaggenschild nachträglich doch noch aufgehetzt werden könnte. (Beifall links.)

Abg. Seippel (nat.-lib.) sieht in der Vereinigung der Erforschung dieser Gebiete in handelspolitischer und wissenschaftlicher Beziehung kein Uebel.

Reichskanzler v. Caprivi: Hr. Richter nimmt an, die Periode des Flaggenschildes und des Verträgeabschlusses sollte mit dem deutsch-englischen Abkommen beendet sein. Der betreffende Pausus heißt: „Die Periode des Flaggenschildes und Verträgeabschlusses muß beendet werden, um das Erworben nutzbar zu machen.“ In Westafrika sind wir noch nicht so weit, um das Erworben voll nutzbar machen zu können. Ob auf dem Wege des Flaggenschildes und des Verträgeabschlusses

Italiener.

Rom, 3. Februar. Graf Herbert Bismarck ist heute Vormittag 9 Uhr nach Neapel abgereist; von dort wird sich derselbe nach Port-Said einschiffen.

Amerika.

Washington, 3. Februar. [Repräsentantenhaus.] Mr. Creary brachte den Antrag ein, daß die Berathung der Silverbill auf den 12. d. M. festgesetzt und ununterbrochen fortgesetzt werde, bis ein definitiver Beschluss erfolgt sei. (W. L.)

Bon der Marine.

* Die Wirkl. Admirälsräthe Bogeler und Dr. Holz, vortragende Räthe im Reichs-Marinearat, sind zu Geh. Admirälsräthen mit dem Range der Räthe 2. Klasse ernannt worden.

Am 5. Februar: **Danzig, 4. Febr.** M.-A. 446, G.-A. 744, U.4.45. **Wetterausichten für Donnerstag, 5. Februar,** auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Bielsack heiter, veränderlich wolkig, später bedeckt, unruhig, Niederschläge. Sturmwarnung. (W. bis NW.) Temperatur kaum verändert.

Für Freitag, 6. Januar: Bedeckt, Niederschläge, naßhaft; lebhafte windig. Sturmwarnung. (W. bis NW.)

Für Sonnabend, 7. Februar: Veränderlich, Niederschläge, frostig; lebhafte windig. Sturmwarnung. (W. bis NW.)

* [Bon der Weichsel.] Gestern Nachmittags und Abends herrschte im Mündungsgebiet der Weichsel ein so lebhaftes Eisstreben, daß der Fährbetrieb bei Bohnisch eingestellt werden mußte und erst heute früh wieder aufgenommen werden konnte. Die herabkommenden Schollen waren meistens Stopfseis, das sich an der Eisenbahnbrücke bei Dirschau und bei Montau verfestigte und dieser Lage durch Sprengungen gelöst worden war. Die Eisbrecher haben bei Montau noch schwere Arbeit und es geht daher der weitere Aufbruch der Eisdecke jetzt nur langsam voran. Zwischen Aulm und Thorn werden jetzt an drei Stellen Eissprengungen in größerem Maßstabe durch Pioniere und Arbeiter vorgenommen. — Aus der Einlage und der Riga-Niederschlag wird berichtet, daß dort schon vielfach das Vieh in Sicherheit gebracht wird; werthvollere Mobiliens und Habseligkeiten, sowie Lebensmittel werden in die oberen Räume der Häuser geschafft, Boote und Rettungsapparate in Bereitschaft gesetzt, um für den Fall des Eintritts einer Katastrophe besser gerüstet zu sein als 1888.

* [Sturmgefahr vorüber.] Nach einem Telegramm der deutschen Seewarte von heute Vormittags 11 Uhr scheint die Sturmgefahr jetzt vorüber zu sein, weshalb die Küstenstationen Weisung erhalten haben, den Signalball abzunehmen.

* [Fortsetzung.] Der Regierungs-Rath Messerschmidt zu Danzig ist an das königl. Polizei-präsidium zu Berlin versetzt worden. Dem Regierungs-Ajusör Longbarz zu Königsberg ist die commissariäre Verwaltung des Oberamts zu Hachingen (Regierungsbezirk Sigmaringen) übertragen worden.

* [Gönntagsrache der Eisenbahnamen.] Seitens des Eisenbahministers soll die Anordnung getroffen sein, daß die Verwaltungen der Privat-Eisenbahnen ihren äußeren Betriebsbeamten, als Stationsvorsteher, Stationsassistenten, Wagenmeister, Rangirmeister, Weichensteller, Bahnwärter u. c., im Monat zwei Sonntage zum Aircnbesuch frei zu geben haben. Zur Sonntagsvertretung der Stationsbeamten sollen entsprechend Expeditionsbeamte, welche jetzt jeden Sonntag dienstfrei sind, im äußeren Stationsdienst ausgebildet werden, während zur Vertretung der Unterbeamten eerbige Arbeiter Verwendung finden sollen.

* [Wohltätigkeits-Concert.] Zum Besten der Kleinkinder-Bewahranstalt in Schiditz findet am nächsten Sonnabend-Abend in dem Moldenhauer'schen Etablissement, 2. Neugarten, ein Vocal- und Instrumental-Concert statt. Dasselbe wird von dem Schiditzer Gefangenverein und einem Theil der Kapelle des Regiments König Friedrich I. ausgeführt werden. Die Schiditzer Anstalt ist bekanntlich erst im vergangenen Jahre neu gegründet worden und hat ein großes Feld der Thätigkeit, da in Schiditz eine sehr starke Arbeiterbevölkerung wohnt.

* [Strafenraub.] Gestern Abend 9½ Uhr wurde der Restaurator St. auf dem Dominikanerplatz von dem vielfach vorbestraften Arbeiter Oskar Sch., welchen noch zwei andere Arbeiter begleiteten, nach der Zeit befragt. Als St. seine Uhr aus der Tasche zog, wurde ihm dieselbe entrissen. Die drei Arbeiter ergreiften die Flucht, Sch. wurde aber von einem Unteroffizier festgehalten und einem Schuhmann übergeben. Die Uhr wurde aber bei Sch. nicht vorgefunden.

[Polizeibericht vom 4. Februar.] Verhaftet: 17 Personen, darunter 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 6 Obdachlose. — Gefunden: 1 Bund Schlüssel, 1 Briefstück mit Quittungsbuch der Kranken- und Sterbekasse Victoria, 1 Regenschirm mit Bezug in der Droschke Nr. 30 liegen geblieben, in der Conditorei von S. Auster, Schmede-gasse 8, eine Peitsche und 1 Paar Glaceehandschuhe zurückgeblieben, abzuholen von der Polizei-Direction; ein brauner Hühnerhund, abzuholen vom Rentier Mag. Berken, Heumarkt 8.

E. Joppot, 3. Februar. Ein eigenartiger Rechtsstreit ist gestern zwischen dem Besitzer des Gutes Joppot und seinen katholischen Arbeitern ausgebrochen. Sie blieben sämtlich, ohne sich beurlaubt zu haben, von der Arbeit fort, um den kirchlichen Feiertag in Oliva zu begehen, obgleich das Fest Mariae Lichtmess nicht zu deren gehört, an welchen sie sich in dem Contract, den erster mit jedem von ihnen besonders geschlossen hat, Befreiung von der Arbeit ausbedungen haben. Bisher war auf dem Gute auch immer am 2. Februar gearbeitet worden. Der Besitzer ist durch die unerwartete Arbeitseinstellung bedeutend geschädigt worden, weil er contractlich übernommene Ziegelablieferungen nicht ausführen konnte. — Trotz des ungünstigen Wetters wird schon eifrig an der Herstellung des Planums für das Anschlußgleis der Pferdebahn gearbeitet, das vom Platz gegenüber der Apotheke den Siegelnweg hinan, dann in steilem Bogen über den Gutsacker bis zur alten Haltestelle unterhalb der Königswiese führen wird. — In Gr. Sch. hat sich in vergangener Woche ein Fall von großer Roheit zugetragen. Ein Mann sah eines Abends einen Bekannten betrunknen auf der Straße liegen und wollte ihn aufheben und nach Hause geleiten, erhielt aber zum Dank von ihm einen Wesselschlag in den Leib. Trotz sorgfältiger ärztlicher Behandlung erlag der Verwundete anderen Tages der schweren Verletzung. — Wie seit einigen Jahren um diese Zeit, regt sich hier und in der Umgegend wieder lebhaft die Auswanderungslust unter der arbeitenden Bevölkerung und dem Gesinde. Fast alle Auswandernden gehen vorausgegangenen Verwandten oder Freunden nach dem Innern von Nordamerika nach, welche sie durch ihre brieflichen Berichte von hohen Lönen und reichlichem Verdienst nachlocken. Wohlmeinendes Abräumen bleibt in den meisten Fällen unbeachtet und Warnungen entkräften zurückkehrender Amerikafahrer werden nicht geglaubt.

G. Horn, 3. Februar. Der vom Magistrat bereits genehmigte neue Normalbeschaffungsplan für die städtischen Beamten und Lehrer ist jetzt den Stadtverordneten gestellt worden und gelangt in der nächsten Sitzung zur Berathung. Nach demselben erfolgt eine Erhöhung der Gehälter von durchschnittlich 10—15 Proc. und dadurch als Mehraufwendung für die Magistrats-

beamten 9385 Mk., für die Lehrer 16 800 Mk. jährlich erforderlich. Erstere Summe enthält aber nicht eine Aufbesserung der 5 bestehenden Mitglieder des Magistrats. Bei den Subalternbeamten des Magistrats ist fast durchweg eine Erhöhung des Anfangs- und Höchstgehalts um je 300 Mk. vorgesehen. An Stelle der verschiedenen Julageperioden treten durchweg vierjährige Steigerungen zu je 150 Mk. ein, so daß die Höchstgehalte in 16—24 Dienstjahren erreicht werden. Es betragen die neuen Gehaltssätze für den Kämmererkassen-Rendanten 3450—4050 Mk., für den Calculatur 2500—3250 Mk., für den Controleur, Stadtsecretär, Magistratssecretär, ersten Polizeisecretär und Baumeister 2400—3000 Mk., für die Buchhalter der Kämmererkasse, den 2. Polizeisecretär und den Polizei-Commissarius 2100—2700 Mk., für den Kanzlei-Inspecteur 1850—2250 Mk., für den Registratur 1500—2250 Mk., für den Polizeimeister 1500—1900 Mk., für die Kassen-Calculator und Bureaugehilfen und den Bauschreiber 1350—2250 Mk. und für die Polizei-ergeanten 1200—1500 Mk. Die letzteren beziehen dazu noch 100 Mk. Altkleidergeld. Bei der Berechnung der Gehaltsteigerungen der Magistrats- und Polizeibeamten wird nur das Dienstalter in der betreffenden Stellung zu Grunde gelegt. Über die Aufbesserung der Gehälter der Lehrer und Rectoren bestimmt der Entwurf folgendes: Das Anfangsgehalt der Volksschullehrer wird von 900 auf 1050 Mk., das Höchstgehalt von 2100 auf 2400 Mk. erhöht. Letzteres soll in 30 Dienstjahren erreicht werden, nämlich durch 5 Julagen nach je 3 und 3 Julagen nach je 5 Jahren von je 150 Mk. mit Ausnahme der dritten Julage, welche 300 Mk. beträgt. Für die Elementarlehrer ist das Anfangsgehalt von 750 auf 900 Mk. erhöht; sie beziehen in 3jährigen Perioden 8 Altersjulagen von je 80 Mk. und erreichen damit ein Höchstgehalt von 1540 Mk. in 24 Dienstjahren. Die Gehälter der Mittelschullehrer, welche jetzt ganz verschieden sind, sollen ferner einheitlich geregt werden. Von 1800 Mark Grundgehalt sollen sie durch 6 Julagen nach je 4 Jahren auf 2700 Mk. steigen. Ebenfalls 4jährige Steigerungssperioden sind bei den Rectoren und wissenschaftlichen Lehrern vorgesehen. Es sollen ferner die Gehälte betrachten: des Directors der höheren Töchterschule 4500—5400 Mk., des Rectors der Knaben-Mittelschule 4200—4800 Mk., der wissenschaftlichen Lehrer der Töchterschule 3300—4500 Mk. und 2700—2900 Mk., des Rectors der Mittelschulen 2100—3100 Mk. und des Rectores der Volksschulen 2100—2900 Mk. Bei Berechnung der Altersjulagen wird den Volksschullehrern und Lehrerinnen die auswärtige Dienstzeit auch ferner zur Hälfte angerechnet, bei den anderen Lehrkräften geschieht das nicht. Volksschullehrer, welche die Mittelschulegale gemacht haben oder ander höheren Töchterschule unterrichten, erhalten 150 Mk. Julage. Durch diesen neuen Befolgsplan werden die Gehälter der meisten Magistratsbeamten, der Rectoren, wissenschaftlichen und Mittelschullehrer um je 300 Mk. aufgebessert, ebenso auch die derjenigen Volksschullehrer, die mehr als 9 Jahre Dienstzeit hinter sich haben. Jüngere Elementarlehrer erhalten 150 Mk. mehr. Bei den 16 Lehrerinnen schwankt die Aufbesserung zwischen 150 und 290 Mk. Der neue Befolgsplan soll am 1. April d. J. in Kraft treten, doch sollen die Gehaltserhöhungen für das Vierteljahr vom 1. Januar ab als außerordentliche Theuerungslage nachgezahlt werden.

WT. Königsberg, 3. Februar. In der gestrigen Sitzung des Vereins für wissenschaftliche Heilkunde wurden die Verhandlungen über das Koch'sche Heilsverfahren fortgesetzt. Der Director der chirurgischen Klinik Professor Dr. Braum erklärte, der Werth der Diagnose steht fest, indeß kommen entchiedene Ausnahmen vor. Operative Eingriffe würden auch in Zukunft vorgenommen werden müssen, zur Unterstützung würden jedoch Koch'sche Einprägungen angewendet werden. Der Director des pathologischen Instituts, Professor Dr. Naunek, berichtete über 15 Sectionsbefunde und glaubte nach seinen darauf gestützten, vielleicht aber nicht maßgebenden Erfahrungen eine Heilung der Tuberkulose durch Einprägungen nicht annehmen zu können, da die Bacillen nicht abstürzen, in einzelnen Fällen sich vielmehr stark vermehren.

* [Gönntagsrache der Eisenbahnamen.] Seitens des Eisenbahministers soll die Anordnung getroffen sein, daß die Verwaltungen der Privat-Eisenbahnen ihren äußeren Betriebsbeamten, als Stationsvorsteher, Stationsassistenten, Wagenmeister, Rangirmeister, Weichensteller, Bahnwärter u. c., im Monat zwei Sonntage zum Aircnbesuch frei zu geben haben. Zur Sonntagsvertretung der Stationsbeamten sollen entsprechend Expeditionsbeamte, welche jetzt jeden Sonntag dienstfrei sind, im äußeren Stationsdienst ausgebildet werden, während zur Vertretung der Unterbeamten eerbige Arbeiter Verwendung finden sollen.

* [Wohltätigkeits-Concert.] Zum Besten der Kleinkinder-Bewahranstalt in Schiditz findet am nächsten Sonnabend-Abend in dem Moldenhauer'schen Etablissement, 2. Neugarten, ein Vocal- und Instrumental-Concert statt. Dasselbe wird von dem Schiditzer Gefangenverein und einem Theil der Kapelle des Regiments König Friedrich I. ausgeführt werden. Die Schiditzer Anstalt ist bekanntlich erst im vergangenen Jahre neu gegründet worden und hat ein großes Feld der Thätigkeit, da in Schiditz eine sehr starke Arbeiterbevölkerung wohnt.

* [Strafenraub.] Gestern Abend 9½ Uhr wurde der Restaurator St. auf dem Dominikanerplatz von dem vielfach vorbestraften Arbeiter Oskar Sch., welchen noch zwei andere Arbeiter begleiteten, nach der Zeit befragt. Als St. seine Uhr aus der Tasche zog, wurde ihm dieselbe entrissen. Die drei Arbeiter ergreiften die Flucht, Sch. wurde aber von einem Unteroffizier festgehalten und einem Schuhmann übergeben. Die Uhr wurde aber bei Sch. nicht vorgefunden.

[Polizeibericht vom 4. Februar.] Verhaftet: 17 Personen, darunter 1 Arbeiter wegen Diebstahls, 6 Obdachlose. — Gefunden: 1 Bund Schlüssel, 1 Briefstück mit Quittungsbuch der Kranken- und Sterbekasse Victoria, 1 Regenschirm mit Bezug in der Droschke Nr. 30 liegen geblieben, in der Conditorei von S. Auster, Schmede-gasse 8, eine Peitsche und 1 Paar Glaceehandschuhe zurückgeblieben, abzuholen von der Polizei-Direction; ein brauner Hühnerhund, abzuholen vom Rentier Mag. Berken, Heumarkt 8.

E. Joppot, 3. Februar. Ein eigenartiger Rechtsstreit ist gestern zwischen dem Besitzer des Gutes Joppot und seinen katholischen Arbeitern ausgebrochen. Sie blieben sämtlich, ohne sich beurlaubt zu haben, von der Arbeit fort, um den kirchlichen Feiertag in Oliva zu begehen, obgleich das Fest Mariae Lichtmess nicht zu deren gehört, an welchen sie sich in dem Contract, den erster mit jedem von ihnen besonders geschlossen hat, Befreiung von der Arbeit ausbedungen haben. Bisher war auf dem Gute auch immer am 2. Februar gearbeitet worden. Der Besitzer ist durch die unerwartete Arbeitseinstellung bedeutend geschädigt worden, weil er contractlich übernommene Ziegelablieferungen nicht ausführen konnte. — Trotz des ungünstigen Wetters wird schon eifrig an der Herstellung des Planums für das Anschlußgleis der Pferdebahn gearbeitet, das vom Platz gegenüber der Apotheke den Siegelnweg hinan, dann in steilem Bogen über den Gutsacker bis zur alten Haltestelle unterhalb der Königswiese führen wird. — In Gr. Sch. hat sich in vergangener Woche ein Fall von großer Roheit zugetragen. Ein Mann sah eines Abends einen Bekannten betrunknen auf der Straße liegen und wollte ihn aufheben und nach Hause geleiten, erhielt aber zum Dank von ihm einen Wesselschlag in den Leib. Trotz sorgfältiger ärztlicher Behandlung erlag der Verwundete anderen Tages der schweren Verletzung. — Wie seit einigen Jahren um diese Zeit, regt sich hier und in der Umgegend wieder lebhaft die Auswanderungslust unter der arbeitenden Bevölkerung und dem Gesinde. Fast alle Auswandernden gehen vorausgegangenen Verwandten oder Freunden nach dem Innern von Nordamerika nach, welche sie durch ihre brieflichen Berichte von hohen Lönen und reichlichem Verdienst nachlocken. Wohlmeinendes Abräumen bleibt in den meisten Fällen unbeachtet und Warnungen entkräften zurückkehrender Amerikafahrer werden nicht geglaubt.

G. Horn, 3. Februar. Der vom Magistrat bereits genehmigte neue Normalbeschaffungsplan für die städtischen Beamten und Lehrer ist jetzt den Stadtverordneten gestellt worden und gelangt in der nächsten Sitzung zur Berathung. Nach demselben erfolgt eine Erhöhung der Gehälter von durchschnittlich 10—15 Proc. und dadurch als Mehraufwendung für die Magistrats-

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. Februar. (Privattelegramm.) Die Commission des Abgeordnetenhauses hat die zweite Berathung der Landgemeindeordnung meist nach den Beschlüssen der ersten Sitzung beendigt und schließlich einstimmig angenommen. Bei mehreren wichtigen Punkten behielt sich die Minorität die Wiedereinbringung der Anträge in Plenum vor. Der Antrag Richert auf Einführung geheimer Abstimmung bei den Gemeindewahlen wurde mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Berlin, 4. Februar. (W. L.) Der deutsche Landwirtschaftsrath nahm einstimmig die Anträge an, welche sich gegen einseitige Aufhebung der deutschen Zucker-Ausfuhrprämien aussprechen, für den Fall der Aufhebung der Materialsteuer als Minimalvergütungsfälle 1,50 resp. 2,25 und 1,90 Mk. pro 100 Kilogramm fordern und, falls die Gewährung einer offenen Ausfuhrprämie dauernd unmöglich, der Änderung des Zuckersteuergesetzes widerrathen.

Berlin, 4. Februar. (Privat-Tel.) Bei der heute fortgesetzten Sitzung der 4. Klasse der 183. preuß. Lotterie fielen in der Vormittags-

Sitzung:

1 Gewinn von 15 000 Mk. auf Nr. 115 293.

1 Gewinn von 10 000 Mk. auf Nr. 170 404.

3 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 45 881

82 235 124 440.

33 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 983

2092 2315 7709 15 030 17 073 20 644 22 898

30 989 35 550 (?) 36 706 36 771 40 778 45 881

48 532 51 086 55 834 60 947 63 895 68 513 79 180

81 228 86 172 91 211 102 009 114 880 122 874

125 912 126 435 158 835 175 907 176 551 185 648.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 4. Februar.

Ers.v.3.

Weizen, gelb

April-Mai 198,00 198,50

Mai-Juni 198,00 198,70

Roggen

Februar 176,00 175,20

April-Mai 173,00 173,00

Petroleum

per 200 kg

loc. . . . 24,00 24,00

Rübel

April-Mai 57,70 57,70

Mai-Juni 57,50 57,70

Spiritus

Februar 52,00 51,30

April-Mai 52,10 51,50

4% Reichs-A. 106,90 106,70

3½% do. 86,30 86,30

4% Consols 106,20 106,20

3½% do. 98,70 98,50

</div

Statt besonderer Meldung.
Heute früh 2½ Uhr ent-
schied sich, nach kurzen
Leidens, untere gute Mutter,
Schwester und Tante Frau
Caroline Wilhelmine
Beckenbürger,
geb. Pörsche,
im Alter von 80 Jahren.
Sandhof, d. 3. Februar 1891.
Die trauernden
Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet
Sonnabend, den 7. d. M.
8½ Uhr Nachm. vom Trauer-
hause aus statt. (2216)

Bekanntmachung.

Von heute ab beträgt bei der
Reichsbank der Diskont 3½%,
der Lombardkredit für Darlehen
gegen ausschließliche Verpfändung
von Schulverschreibungen des
Reiches oder eines Deutschen
Staates 4%, gegen Verpfändung
sonstiger Effekten und Waren
4½%. (2222)
Berlin, den 3. Februar 1891.
Reichsbank-Direktorium.

F. Loose
zur Kölner Dombau-Lotterie
a 4 M.
zur Stettiner Pferde-Lotterie
a 1 M.
zur Königsb. Pferde-Lotterie
a 1 M. in der
Expedition d. Danziger Zeitung.
Kölner Dombau-Lotterie,
gantze Loose 4 Mk., halbe Loose
2 Mk., empfehlt, hofft der kleine
Vorrath reicht. (2213)
Hermann Lau, Wollweberg 21.

Einfache
und
doppelte Buchführung
lehrt (2217)
H. Hertell,
Ritterhagergasse Nr. 9.

Die zweite Sendung
lebend frischer
Geebarse
à Pfund 50 Pf.
trifft morgen ein bei
J. M. Kutschke,
4 Langasse 4.

Junge sette Puten
pro Pfund 70 S.
Junge sette Capaunen,
starke Hasen
pro Stück 3.00 M. empfehlt
Carl Röhn,
Vorstr. Graben 45, Ecke Melzerg.

Prima
Elb-Caviar
pro Pfund 3.00 empfehlt
Carl Röhn,
Vorstr. Graben 45, Ecke Melzerg.

Grüntorn,
Grünkörnigries,
Atheinisches Kraut,
Johannisbeer-Marmelade,
Himbeer-Marmelade,
Dreisfrucht-Marmelade,
Himbeersaft in Zucker
50 S. per 40.
Kirschsaft in Zucker
60 S. per 40 empfehlt
F. C. Gossing,
Jopen- u. Vorlehrheng.-Ecke 14.

Frische Kieler
Sprotten,
f. Räucherlachs,
la Elb-Caviar,
Anchovis und russ. Sardinen
in Gläsern,
Gothaer Cervelatwurst
in vorzüglicher Qualität,
Ohsenungen in Blasen
empfehlt
Max Lindenblatt,
Heil. Geistgasse 131.

Prima Schalmandeln:
a la princesse, per 4 1.25 M.
f. Traubrostenin,
per 40 1 M.
empfehlt um damit zu räumen
Carl Studt,
Heilige Geistgasse Nr. 47,
Ecke der Ruhgasse.

Große Maränen,
heute Abend frisch aus dem Rauch-
raumfehren und versenden zum
billigsten Preise
Alexander Seilmann & Co.,
Seidenbittergasse 9.

Das hochinteressante Buch:
„Geheime Winke“
für Mädchen und Frauen in allen
discreten Angelegenheiten (Ber-
üchtige Störung etc.) von e. eisach
amerikan. Frauen-Arzt, verf. durch
Helmans Berlass-Haftalt, Berlin SW. 61. (2228)

„EQUITABLE“

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der
Vereinigten Staaten zu New-York.

Gustav G. Pohl,
in Firma Gustav Pohl & Co.
General-Director und General-Bevollmächtigter
für Deutschland, Österreich-Ungarn, Russland und den
Norden Europa's.

Hamburg—Altona.

Gesamt-Capital ultimo 1889 . . . M. 455.388.813,76.
Gewinn-Reserve 98.564.565,35.
Unzückbare Depots, sowie Activa
in Grundbesitz, für die
deutsche Abteilung ca. 16.000.000.—
Neues Geschäft in 1890
über M. 850.000.000.

In der Deutschen Abtheilung gelangten zur Behandlung
im vergangenen Jahre
über M. 49.000.000 neuer Anträge.
Beste und vortheilhafteste Capitalanlage
für Capitalisten durch Benutzung der
Continen-Versicherung.

Neueste Reform: „Freie Continen-Police“,
unübertroffen, coulante Welt-Police,
nach einem Jahr frei für jede Beschäftigung oder Reise auf
dem ganzen Erdball, nach zwei Jahren unantastbar.

Die Resultate abgelaufener Continen-Polices sind günstiger
als die Gewinn-Resultate jeder anderen Anstalt

Günstigste Leib-Renten-Versicherung.
Auskunft bereitwillig durch die Vertreter der Anstalt und

Die General-Agentur für Westpreußen,
Walter Kauffmann, (2105)
Danzig.

Delicaten-Handlung C. BODENBURG

Holländische Austern

in Prima Qualität wieder vorrätig.
(Wöchentlich treffen 3 grössere Sendungen
direct ab Holland ein.)

Corsets

in allen Taillearten und verschiedenen, hoch-
schnürenden Dessins habe ich nach der Inventur
zum Ausverkauf gestellt. Vorzügliche haltbare und
ausdauernde Sachen sind jetzt für 1,25, 1,50, 1,75,
2,00, 2,25, 2,50 und 3 Mark zu haben. (2249)

S. Böttcher, Vorlehrhengasse 1.

14 Medaillen u. Diplome:

liebe's echtes Malzextract,
reines, bei Katarthen und deren Folgeständen; mit
Eisen, leicht verdaulich, für Blutarme; mit Chinin,
kräftig im Alter und in der Convalescen; mit Kalk,
für schwächliche Kinder; mit Lebertran, Er-
satz gesundheitlichen Throns; mit Peptin, reiches ver-
dauungsfördernd; von den Herren Aersten vielfach ver-
ordnete Mittel.

liebe's Malz-Extract-Bonbons,
die weit verbreiteten soliden Hustenbonbons in gelben
Paketen zu 40 und 20 Pf. Dosen a 25 Pf. Allenthalben
in den Apotheken. Man verlange ausdrücklich „Liebe's“
die edtesten von J. Paul Liebe in Dresden. (2039)

Leere Theergebinde
offerirt die Dachpappensfabrik von
Herrn. Verndts,
Danzig, Lastadie Nr. 3—4.

Wegen Umzug zu verkaufen für
den halben Wert:

1 Kinderpult verstellbar D. R. P.,

1 Bühne von A. Riendl-Wien.

1 kupferner Badeofen.

1950) Neugarten 2.

Sehr beliebt.

Weizenschrotbrot!!!

Empfehlt täglich frisch

Gehrke's Conditorei,

Zopengasse 26.

Bestellungen auf Torten, bunte
Schüsseln ic. werden plünktlich
ausgeführt. (2215)

Leih-Geschirre

zu Festlichkeiten,

sowie Tischdecke, Beleuchtungs-

gegenstände, Bestecke ic. empfehlt

B. Krause, Lange Brücke 20,

wich. d. Krahn- u. Johannisthor.

Neue elegante

Masken-

Garderoben

für Herren und Damen, sind z. d.

villigsten Leihpreisen zu haben

Heilige Geistgasse 45.

Jede

Namen-Silberkette

wird sauber und billig ausgeführt

Heil. Geistgasse 18. Bei ganzen

Ausstattungen Preiserhöhung.

Das von mir und meinem ver-
storbenen Mannen f. 25 Jahren
nur gutem Erfolge betriebene

eine

Fleisch- und Wurstwaren-

Geschäft

ist von sofort oder später zu

bernehen. N. Speer, Woe.

Zum Verkauf von Anzugstoffen

für den hiesigen Platz

und Umgegend gegen Preissen-

derungen gegen Preissen-